

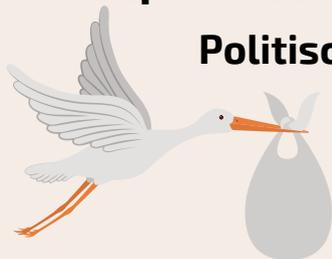
LAHN-DILL KURIER

Nachrichten aus dem Lahn-Dill-Kreis

Ausgabe 4, Herbst/Winter 2022



Geplante Schließung des Dillenburger Kreißsaals Politisches Versagen mit Ankündigung -



muss wohl bald wieder die Kinder bringen...

Gesundheitsversorgung extrem gefährdet!



Energiepreise und Inflation

Bezahlbare, soziale Enwag-Tarife
in Wetzlar abgelehnt (Seite 4)

Entlastungen?

Hessische Landesregierung im Tiefschlaf
(Seite 14)

Sie haben Probleme mit
Ihren Strom- oder Heizkosten?

Unsere Energiekosten-Hotline
hilft weiter!
Mehr auf Seite 5

Klima statt
Kapitalismus retten?

Prof. Dr. Helge Peukert
(Uni Siegen)
im Interview





Horst Knies 1954 - 2022

Wir trauern!

Er, der wie kein anderer den Kreisverband von DIE LINKE im Lahn-Dill-Kreis geprägt hat, ist von uns gegangen.

Als sich 2005 der Protest gegen die Hartz-Gesetze formierte, trat Horst Knies der PDS bei, wo er 2006 in den Vorstand gewählt wurde, um den Zusammenschluss mit der damaligen WASG zu koordinieren. Nach dem Zusammenschluss beider Parteien im Jahr 2007 übernahm Horst Knies den Kreisvorsitz, den er bis Dezember 2018 sehr erfolgreich innehatte.

Der Aufbau einer jungen Partei in einem eher ländlich geprägten Kreis war zu Beginn mühsam, unterschiedliche Vorstellungen und Prägungen der beiden Vorgängerorganisationen mussten unter einen Hut gebracht werden. Aber Horst Knies, der nicht nur ein beachtliches Organisationstalent hatte, sondern auch stets auf Ausgleich und Integration bedacht war, meisterte diese Aufgabe und der Erfolg stellte sich ein.

Außerparlamentarische Fäden und Kontakte wurden geknüpft. Dies sorgte für eine Verankerung in der kommunalen Politik und DIE LINKE wurde auch im Lahn-Dill-Kreis als politische Größe etabliert. Als daraus resultierendem Erfolg zog DIE LINKE 2011 mit 2 Abgeordneten in den Kreistag und die Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung ein. Horst Knies war im Kreistag vertreten, ein Kommunalpolitiker mit Leib und Seele – bis zuletzt!

Er, der selbst chronisch erkrankt und Erwerbsminderungsrentner war, wollte seinen Beitrag dazu leisten, dass es den Menschen besser geht. Durch seine Erfahrungen mit Ämtern und Behörden, die nicht immer leicht waren, wollte er Verbesserungen für Betroffene, Arme, Kranke erreichen. Die Erreichung sozialer Gerechtigkeit war sein Antrieb und sein Wunsch für die Gesellschaft. Mit der logischen Konsequenz, dass er als Direktkandidat mit der Wahlaussage „Menschen vor Profite“ für DIE LINKE im Lahn-Dill-Kreis 2013 zur Bundestagswahl antrat und ihm dort 6603 Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen schenkten.

Auch seinem Engagement war es zu verdanken, dass DIE LINKE seit 2016 in Fraktionsstärke im Kreistag vertreten ist, und zur Krönung seiner Arbeit wurde er Fraktionsvorsitzender. Eine Tätigkeit, die er stets mit großer Freude und Tatkraft ausführte, und so konnten neue Fraktionsmitglieder immer auf seine Erfahrung zurückgreifen und auf seine Unterstützung zählen.

Am 14.08.2022 ist Horst Knies verstorben, wir werden ihn vermissen, als Genossen, als Freund und als Mensch. **Seine Arbeit und seine politischen Ziele auch in seinem Namen weiterzuführen ist unser Auftrag und unser Ziel.**

Schließung der Entbindungsstation in der Lahn-Dill-Klinik Dillenburg

Im Juli dieses Jahres wurde uns allen über die regionale Presse mitgeteilt, dass die Entbindungsstation der Lahn-Dill-Klinik in Dillenburg zum Jahresende schließen soll.



Folge der Schließung:

Im Bereich zwischen Siegen und Wetzlar gibt es **KEINEN** Kreiẞsaal mehr. Notfallwege verlängern sich erheblich. Rettungsdienstkapazitäten werden deutlich stärker gebunden, sowie Mehrbelastung der Beschäftigten im Klinikum Wetzlar.

In Hessen wurde zwischen 2008 und 2019 rund jede Dritte Geburtsklinik geschlossen.

Unser Landrat Herr Wolfgang Schuster erklärte, auf Grund der Kündigung einer Ärztin müsse die Geschäftsführung des Klinikums nun leider die Geburtshilfe in Dillenburg zum Ende des Jahres aufgeben. Dass diese Nachricht kurz vor der Sommerpause die Öffentlichkeit erreichte, ist sicherlich kein Zufall – zumal die Aufsichtsratsitzung, als das beschlussfassende Gremium, wenige Tage darauf tagte.

Wahrscheinlich hat der Aufsichtsratsvorsitzende und Landrat Herr Schuster nicht mit dem großen Protest der Öffentlichkeit, der daraufhin folgte, gerechnet. Mitarbeiter*innen der Abteilung, Hebammen, Oppositionsparteien und viele Bürger*innen beteiligten sich an der Petition und den Protesten gegen die Schließung der Entbindungsstation. Eine Entscheidung konnte somit glücklicherweise vorerst verhindert werden.

Wichtig wäre es nun gerade seitens der Politik, mögliche Optionen zum Erhalt der Geburtshilfe zu finden, denn Stichtag der geplanten Schließung ist der 31. Dezember 2022.

Leider ist dies jedoch nicht der Fall, im Gegenteil. Die Kreiskoalition verhindert eine Debatte und einen Sachstandsbericht zur möglichen Schließung. Ein Eilantrag der Fraktion DIE LINKE wurde von der Koalition abgelehnt. Fassungslos musste man sich seitens der SPD anhören, dass „das ist kein politisches Thema“ sei!

Wie kann es sein, dass die Gesundheitsversorgung in unserem Kreis kein politisches Thema sein soll? Der Kreiẞsaal in Dillenburg ist der einzig verbliebene zwischen Wetzlar und Siegen. Die Versorgung der werdenden Mütter und ihrer Kinder ist kein klinikinterner Auftrag. Sie ist Auftrag der öffentlichen Hand und gehört zur Daseinsvorsorge!

Das Verhalten der Kreisregierung ist inakzeptabel und der Landrat duckt sich weg. Die Verantwortung wird der Geschäftsführung der Kliniken überlassen.

Für die Fraktion DIE LINKE steht fest: wir bleiben am Ball und werden das Thema Geburtshilfe immer wieder auf die Tagesordnung bringen! So einfach kommen Koalition und Landrat nicht davon!

Christiane Ohnacker,
gesundheitspolitische Sprecherin





Soziale Preisgestaltung bei Strom- und Gasstarifen bei der Enwag

Die Fraktion DIE LINKE. hat einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht in der Sie eine neue sozialökologische Preisgestaltung bei der Enwag fordert. In dem Antrag wird der Magistrat beauftragt, auf die Enwag einzuwirken, damit die Energietarife umgehend sozialer gestaltet werden.

DIE LINKE. fordert einen Strompreisdeckel bei Gas und #Strom, als auch den Verzicht auf Strom- oder Gassperren. So soll ein ermäßigter Grundtarif für Privatkund*innen eingeführt werden bei dem, je nach der Personenanzahl in einem Haushalt, eine Energiemenge bis zu maximal zwei Dritteln des statistischen Durchschnittsverbrauchs der jeweiligen Haushaltsgröße, zu einem deutlich ermäßigten Preis abgegeben wird.

Darüber hinaus sollen die Tarife dann erst stärker linear ansteigen, so dass nur Diejenigen die mehr verbrauchen steigende Preise zahlen sollen.

„Dadurch werden #Familien mit geringem und mittlerem Einkommen, die jetzt schon Strom oder Gas sparen, erheblich entlastet und nur Diejenigen die wenig Energie sparen werden schrittweise mehr belastet,“ erklärte die neue Fraktionsvorsitzende, Sylvia Kornmann.

Darüber hinaus soll sich die Enwag selbst verpflichten - zumindest in den nächsten zwei Jahren- auf Strom- oder Gassperren generell zu verzichten.

„Wenn alle Energie sparen müssen, dann muss die Stadt Wetzlar auch auf ihre Gewinne verzichten! Deshalb schlagen wir zudem einen generellen Verzicht auf Strom- oder Gassperren vor. Die entstehenden Kosten sollen bei Bedürftigen stattdessen je zur Hälfte von der Stadt und der Enwag aus den Gewinnen erfolgen“, so Kornmann weiter.

Leider wurde der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung von allen anderen Fraktionen abgelehnt, obwohl die Stadt Wetzlar die Mehrheit im Aufsichtsrat der Enwag stellt. Dennoch wird die Linksfraktion am Ball bleiben und dringend nötige Entlastungen einfordern!

Grafik: Entlastungsmodell der Partei DIE LINKE. Mehr dazu unter www.die-linke.de



Inflation - der Markt regelt nichts!

von Michael Kraft

Die Inflation, die in diesem Augenblick die Ersparnisse von Millionen Menschen auffrisst, und diejenige, die ohnehin an oder unter der Armutsgrenze leben, in pure Verzweiflung treibt, hat viele Gründe.

Im ersten Jahr der Pandemie, als Betriebe im Lockdown die Produktion herunterfahren mussten, blieben viele Vorprodukte in den Lagern liegen und es sammelten sich enorme Mengen „totes Kapital“ in den Lagern an.

Als die Wirtschaft schneller als erwartet wieder ins Laufen kam, stellte man fest, dass plötzlich zu wenige Vorprodukte vorhanden waren. Knappes Gut erhöht die Nachfrage und somit auch die Preise, die an die Endkund*innen weitergereicht werden.

Hinzu kommen die Auswirkungen der globalen Klimakrise. Nach vier Dürrejahre in Folge sind die Ernten auf einem sehr niedrigen Stand. Preise für Dünger steigen, und in vielen Regionen der Erde wird Wasser immer knapper – oder es wird, falls vorhanden, oft als Löschwasser gegen die Waldbrände benötigt. Dadurch stiegen die Lebensmittelpreise bereits vor dem Krieg in der Ukraine deutlich an. Das Oligopol der großen Supermarktketten nutzte dies für zusätzliche Preissteigerungen und Erhöhung der Gewinnmarge.

Die durch den Krieg verursachte Knappheit an Gas, das turbulente Geschehen an den Energiebörsen, das beispielsweise den Ölkonzernen Gewinnsprünge von teils weit über 100 % ermöglichte, der Umstieg auf das wesentlich teurere LNG-Flüssiggas aus den USA treiben die Preise in ungeahnte Höhen. Andere Länder quer durch ganz Europa handelten nun schnell und im Sinne der betroffenen Menschen. Sie deckelten die Preise für Strom und Gas – doch nicht so in Deutschland.

Hier beschließt die Regierung eine Gasumlage, die die Verbraucher*innen zusätzlich belastet, und die Kompensationen durch sogenannte Hilfspakete erscheinen im Vergleich zu den steigenden Kosten wie ein schlechter Witz. Währenddessen werden in den aktiennotierten Konzernen Dividenden in Rekordhöhe ausgeschüttet, denn wenn alle Preise steigen, nutzen zahlreiche Firmen dies auch, um ihre Gewinne im Windschatten der Inflation zu erhöhen. Gleichzeitig ruft man die Gewerkschaften dazu auf, keine zu hohen Lohnsteigerungen zu fordern, damit die Inflation nicht weiter steige.

Ein altbekanntes Muster: die Umverteilung von unten nach oben funktioniert am besten in einer Krise, denn der Markt regelt nichts. Es sind Menschen, die Entscheidungen fällen, und dies viel zu oft nicht im Sinne der breiten Bevölkerung.



Wohnen muss bezahlbar bleiben!

Sie haben Probleme mit Ihren Strom- oder Heizkosten?

Unsere Energiekosten-Hotline:

0561-920 15 05

Montag bis Freitag: 16 - 18 Uhr

DIE LINKE.
hilft!

Prof. Dr. Helge Peukert im Interview

Prof. Dr. Helge Peukert, Wirtschafts- und Staatswissenschaftler und Professor an der Universität Siegen.

Im Jahr 2021 publizierte er ein Buch mit dem Titel "Klimaneutralität jetzt!", das die deutsche Klimapolitik auf den Prüfstand stellt.

Mehr Artikel und Interviews auf lahn-dill-kurier.de



Lieber Herr Peukert, beginnen wir ganz vorne: Schon im Jahr 1912 wurde über die Gefahr des menschengemachten Klimawandels berichtet. Heute steigen die CO2-Emissionen pro Kopf noch immer. Was ist schiefgelaufen?

Peukert: Unser Wirtschaftssystem hat einen systemimmanenten Wachstumszwang: Unternehmen wollen Gewinne über Wachstum erzielen, der Staat hängt von Steuereinnahmen ab, Lohnabhängige wollen nicht arbeitslos werden und der Bürger versteht sich oft in erster Linie als Konsumbürger – eine Großkoalition zu Lasten der Biosphäre und unserer Überlebenschancen. Dabei stellt das Umweltbundesamt angesichts von 11 Tonnen Durchschnittsemissionen der Bundesbürger fest: „Klimaverträglich wäre ein weltweiter Pro-Kopf-Ausstoß von unter 1 Tonne ... Für den Treibhausgasausstoß pro Person in Deutschland ist eine Minderung in Höhe von 95 % gegenüber dem heutigen Stand notwendig“. Damit stellen fachkompetente Bundesbehörden die Systemfrage, mit der die Regierungsparteien überfordert sind.

Einen Lösungsansatz gibt auch der Weltklimarat. Er rügt Privatisierungen in seinem Jahresbericht 2022. Derweil wurde bekannt, wie Porsche Finanzminister Lindner ins Ohr flüstert. Wieso wird der Rat offensichtlich nicht gehört?

Peukert: Ohne Planwirtschaft-Fan zu sein, ist es zur Verhinderung des Schlimmsten womöglich nötig, die weltweit größten 400 Unternehmen – darunter viele Öl- & Autounternehmen – zu vergesellschaften, um sofort einen radikalen Umschwung einzuleiten. Das wäre nur mit anderem Politpersonal sinnvoll – hier wäre vorher der Wähler gefragt. Dank bisher unterlassener grüner Transformation macht jedoch derzeit unsere Regierungsmannschaft brav Männchen bei den autokratischen Scheichs und anderen Anbietern von umweltschädlichem Fracking.

Klingt traurig. Wie kann man den Wähler für eine Klimawende denn mitnehmen?

Peukert: Das ist schwierig angesichts von Werbung, Influencern und medialer Berieselung. Die Menschen haben Angst um Job, Lebensstandard usw., da sie nicht sehen und es ihnen kaum anschaulich gemacht wird, wie angenehm ein Leben ohne Auto- und Fluglärm usw. sein könnte. Wir bräuchten eine massive Verlagerung der Arbeitskräfte aus den zerstörerischen Industrien, etwa der Automobilproduktion. Es fehlen mittlerweile Fachkräfte bei der Post, der Bahn, in Pflegeheimen usw. Wir brauchen gute Leute dort, damit die deutsche Wirtschaft und notwendige Dienstleistungen nicht absaufen. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass sie zur Herstellung tonnenschwerer Ungetüme, die auch die Ressourcen des globalen Südens ausbeuten, verschwendet werden.

Statt Wachstum bedarf es auch eines ökosozialen öffentlichen Sektors, damit die Menschen sich sicher fühlen. Eines Sektors, der neben einer endlich mal fälligen Vermögensteuer durch für die öffentliche Hand kostenloses Geld der Zentralbanken finanziert werden könnte. Wobei natürlich der Gefahr des Schlendrians begegnet werden müsste. Ein ökonomisches Problem (Inflationsgefahr) wäre dies jedenfalls nicht.

Heruntergebrochen kann also die Devise lauten: Klima retten, nicht Kapitalismus?

Peukert: Das ist so sehr plakativ, aber ja.

Zur Kommunalebene: In Wetzlar ist oberhalb des Doms ein Parkhaus in Planung, die CDU spricht sich für weitere aus. Das Herborner Wildgehege soll verkleinert, die B49 ausgebaut – und das Klima gerettet werden. Wie löst man diesen eklatanten Widerspruch?

Peukert: Gar nicht, das ist schlicht schizophren. Wetzlar ist verkehrspolitisch eine Art lebendes Museum, in dem eine Politik betrieben wird, die in anderen deutschen Städten vor Jahrzehnten angesagt war. Inklusiv der Grünen traut man sich nicht, den Pfad der klimakatastrophalen Wachstumswirtschaft zu überwinden. Das werden wir teuer bezahlen.

Wie muss Ihres Erachtens der ÖPNV in Wetzlar & Umgebung aussehen, damit das Klima nicht auf Kosten der Menschen geschützt wird?

Peukert: Wir brauchen einen kostenlosen ÖPNV mit enger Taktung der Busse, ergänzt durch Minibusse bis in die Dörfer (Vorbild Türkei) und einfaches Carsharing für Lastentransporte. Individualverkehr, außer für Maler & Co., geht nicht mehr, wenn wir nicht bei über 3 Grad Erderwärmung landen wollen. Und es hat eine soziale Komponente: auf breiter Front werden die Preise angesichts zunehmender Ressourcenknappheit auch nach dem Ukrainekrieg weiter steigen. Viele werden sich kein Auto mehr leisten können, schon gar keinen fetten E-SUV. Die politische Devise müsste sein: Ohne Auto lebt es sich ohne Nachteile deutlich günstiger und stressfrei. Doch hierzu bedürfte es einer, solche Maßnahmen finanziell unterstützenden Zeitenwende auf Bundesebene. Dort aber gehen über Nacht 100-Mrd.-€-Sonderausgaben für die Bundeswehr durch und ein Nachfolger für das 9-€-Ticket wird zielgerichtet verschleppt. Mal sehen, ob und wann man zur Vernunft kommt.

**Bringt die
Wenigsten weiter.**

**Bringt die
Mehrheit weiter.**



Weitere Interviews und Ausgaben des Lahn-Dill-Kuriers gibt es auf lahn-dill-kurier.de

Oberbürgermeister für Wetzlar!



Hermann Schaus
Sozial gerecht.
Nachhaltig. Für alle!

DIE LINKE.

Facebook, Instagram, Twitter, YouTube social media handles.



DANKE HERMANN!



„Viele Gegner, kaum Feinde“ – Hermann Schaus ist aus dem Landtag ausgeschieden

Ende August 2022 hat unser Landtagsabgeordneter sein Mandat niedergelegt. Für ihn ist Petra Heimer nachgerückt. In einem Artikel der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. September 2022 von Ralf Euler ist dazu nachzulesen:

„Das Schiff in schwerer See, ringsumher Riffe und Untiefen, die Mannschaft verunsichert – und dann geht zu allem Unglück auch noch der Chefmaschinist von Bord. 14 Jahre saß Hermann Schaus für die Linkspartei im Hessischen Landtag, zuständig unter anderem für Innenpolitik, Kommunalpolitik, Kirchen, Sport, Wohnen und die Feuerwehr, war von 2009 bis 2020 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, zeitweise Vizepräsident des Landtags und hielt rekordverdächtige 682 Reden. Zum 1. September hat der Siebenundsechzigjährige nun sein Mandat niedergelegt. Eigentlich wollte er schon nach der Landtagswahl 2018 aus dem Parlament ausscheiden, aber dann ließ er sich noch einmal von seiner in Seenot geratenen Partei in die Pflicht nehmen.

Bei seiner offiziellen Verabschiedung im Musikzimmer des Landtags wurde Schaus am Mittwochabend von der Linken-Bundesvorsitzenden Janine Wissler, von Linken-Landeschef Jan Schalauske und vom Landesbezirksvorsitzenden der Gewerkschaft Verdi, Jürgen Bothner, als Sozialpolitiker mit klarem Kompass, als glaubwürdiger, verlässlicher und prinzipientreuer Teamarbeiter gewürdigt. Parteiübergreifend Achtung habe er sich mit seinem Engagement gegen Rechts, im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags und mit einer Initiative zur Erforschung der NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter erworben.

„Du hast gezeigt, dass viel zu viele auf dem rechten Auge blind sind“, sagte Bothner. Wissler zitierte, um Schaus zu charakterisieren, eine Bemerkung von Friedrich Engels. Der habe über Karl Marx gesagt, er habe viele Gegner, aber kaum persönliche Feinde gehabt.

Schaus wurde 1955 in Worms geboren, machte eine Lehre als Kfz-Mechaniker und absolvierte dann ein Studium zum Diplom-Verwaltungswirt. Er war Gewerkschaftssekretär bei Verdi und SPD-Mitglied, bis er die Partei 1992 – aus Protest gegen die Zustimmung der Sozialdemokraten zur Neuregelung des Asylrechts – verließ. 2005 trat er zunächst der linksgerichteten WASG und zwei Jahre später der aus der Fusion von WASG und PDS hervorgegangenen Neugründung „Die Linke“ bei.

2008 gehörte Schaus zu jenen sechs Frauen und Männern, die erstmals für die neue Partei in den Landtag in Wiesbaden einzogen. Zudem war der Neu-Anspacher von 2006 bis 2011 Kreistagsabgeordneter im Hochtaunuskreis. Inzwischen lebt er in Wetzlar und – soviel zum Thema Ruhestand – ist für die Linkspartei in der Stadtverordnetenversammlung aktiv. Darüber hinaus bietet Schaus – gespeist aus der Erfahrung unzähliger Proteste gegen Neonazis, den Ausbau des Frankfurter Flughafens und Arbeitsplatzabbau allerorten – bei Verdi weiterhin Streikschulungen an.

Seiner Partei, die nun ohne ihren Chefmaschinisten im Landtag auskommen muss, prophezeite Schaus bei seinem Abschied trotz aktuell deprimierender Umfragewerte eine erfolgreiche Zukunft. „Ich bin dann mal weg, aber die Linke ist gekommen, um zu bleiben.“



DIE LINKE in Hessen hat Hermann Schaus viel zu verdanken.

Er war einer der sechs Abgeordneten, die 2008 für DIE LINKE erstmals in den Hessischen Landtag einzogen. Er hat sich in den zurückliegenden Jahren auf vielen Politikfeldern eingebracht. Sein leidenschaftlicher Einsatz in der und für die Landtagsfraktion, aber auch seine Arbeit im LINKEN-Landesverband haben Spuren hinterlassen und dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Sein unermüdlicher Kampf gegen Rechts ist ebenso hervorzuheben wie sein Eintreten für bessere Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an der Seite der Gewerkschaften.

Im NSU-Untersuchungsausschuss war es nicht zuletzt Hermann Schaus, der als Obmann der LINKEN immer wieder nachgehakt und so maßgeblich dazu beigetragen hat, dass brisante Informationen öffentlich wurden. So konnte etwas Licht ins Dunkel um den NSU-Komplex gebracht werden. Hermann Schaus war viele Jahre Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Lübcke-Untersuchungsausschuss.

Auch im Kreisverband Lahn-Dill ist Hermann Schaus seit Jahren eine tragende Säule, ohne die der erfolgreiche Parteaufbau unmöglich gewesen wäre – es sei beispielsweise an seine Oberbürgermeister-Kandidatur in Wetzlar erinnert, die Debatten rund um das unnötige Parkhaus am Dom oder die Abschaffung der Straßenausbau-Beiträge, wo Hermann Schaus wichtige Impulse für mehr soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Nachhaltigkeit gesetzt hat.

Daher freuen wir uns, auch dem Ausscheiden aus dem Landtag weiterhin Betätigungsfeld im Unruhestand des „Herminators“ zu sein! Uns bleibt an dieser Stelle zu sagen:

DANKE für alles, Hermann!

P.S. An alle politischen Mitbewerber*innen in der Stadtverordnetenversammlung Wetzlar: Hermann bleibt dort natürlich aktiv und wird sicher noch akribischer als bereits zuvor nachhaken.



**Wir wünschen Dir von Herzen alles Gute
für Deinen Unruhestand!**
Dein Kreisverband Lahn-Dill

Petra Heimer rückt in den Hessischen Landtag nach

Liebe Bürgerinnen und Bürger des Lahn-Dill-Kreises,

seit 01. September 2022 bin ich Abgeordnete des Hessischen Landtags und Mitglied im Kreisverband Lahn-Dill meiner Partei und trete damit die Nachfolge des bisherigen Wahlkreisabgeordneten Hermann Schaus an.

Mir ist es ein Herzensanliegen mit Ihnen in direkten Kontakt zu kommen, eine stets erreichbare Abgeordnete und Sprachrohr derjenigen im Hessischen Landtag zu sein, die unter sozialer Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung leiden oder generell unzufrieden mit der Politik der Hessischen Landesregierung sind.

Gerade aktuell in Zeiten von explodierenden Energiepreisen und Rekordinflation ist mir das wichtiger denn je. Besonders, da sich die Hessische Landesregierung im Dornröschenschlaf zu befinden scheint und dringend erforderliche, spürbare Entlastungsmaßnahmen auf sich warten lassen.

Ihre Petra Heimer

Wenn Sie Probleme, Anliegen oder Ideen haben, so scheuen Sie sich nicht, mich oder meinen Wahlkreismitarbeiter Tim Zborschil zu kontaktieren!

Mein Wahlkreisbüro in Wetzlar:

Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar
kontakt@tim-zborschil.de

Öffnungszeiten:

Mo-Do 12 bis 15 Uhr; Fr 13 bis 16 Uhr

(ÖPNV: Haltestelle Stadthalle,
unser Büro ist komplett barrierefrei)



Petra Heimer

- ▶ Jahrgang 1962, wohnhaft in Niedernhausen
- ▶ gelernte Erzieherin und Diplom-Psychologin
- ▶ Erreichbar unter: p.heimer@ltg.hessen.de

Mehr unter:



linksfraktion-hessen.de



@petra.heimer.mdl



@petra.heimer

Zborschil und Sitte: Linksfraktion im Kreistag stellt sich neu auf

Nach dem plötzlichen Tod des langjährigen Fraktionsvorsitzenden Horst Knies sind Fraktionsvorstand und Nachrücker nun bekannt.

Den Fraktionsvorsitz übernimmt demnach Tim Zborschil. Der LINKE-Kreisvorsitzende aus Greifenstein ist seit 2021 Mitglied des Kreistags und trat vor allem in seinen Funktionen als umwelt- und bildungspolitischer Sprecher im Kreistag in Erscheinung.



Der 28-jährige Büroleiter ist bereits seit zehn Jahren in der LINKEN aktiv ist und teilt mit:

„Ich danke der Fraktion für das Vertrauen. Die Fußstapfen, die unser Genosse und Freund Horst Knies hinterlässt, sind kaum zu füllen. Mit all der Trauer im Herzen werden wir die konsequente Arbeit für soziale Gerechtigkeit, mehr Teilhabe, Nachhaltigkeit und eine bessere Ausstattung unserer Schulen in seinem Sinne mit voller Energie fortführen!“

Den offenen Sitz der Linksfraktion übernimmt Kevin Sitte aus Wetzlar. Der 30-jährige Familienvater und gelernte Groß- und Außenhandelskaufmann, der gerade eine Ausbildung zum Erzieher absolviert, wird in den Bildungsausschuss nachrücken. Er meinte zu seiner bevorstehenden Aufgabe:

„Ich freue mich auf die künftige Arbeit im Kreistag. Als angehender Erzieher bin ich tagtäglich mit den Defiziten im Bildungsbereich konfrontiert und werde dort den Finger in die Wunde legen, um bessere Bedingungen für unsere Kinder zu schaffen.“

Christiane Ohnacker, Krankenschwester aus Ehringshausen, bleibt stellvertretende Fraktionsvorsitzende.



Anliegen? Wünsche? Ideen?



DIE LINKE. Kreistagsfraktion freut sich über Ihren Input! Sie erreichen uns unter kreistagsfraktion@die-linke-ldk.de

Den Fraktionsvorsitzenden Tim Zborschil erreichen Sie direkt unter kontakt@tim-zborschil.de



Club of Rome: Eine Erde für alle!

Als der Club of Rome im Jahr 1972 seine Studie „Grenzen des Wachstums“ veröffentlichte, galt diese bei den meisten Politikern und Wirtschaftsbossen als Schwarzmalerei. Heute, 50 Jahre danach kann man das Resümee ziehen, dass sich dieser Bericht als weitestgehend zutreffend herausstellte, in manchen Punkten die Befürchtungen sogar noch übertroffen wurden.

Zumindest hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Schutz der Umwelt elementar für das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten ist, nicht zuletzt dank der Grundlagen, die diese Studie damals lieferte. 50 Jahre nach „Grenzen des Wachstums“ legt der Club of Rome eine neue Studie vor, deren Ergebnisse hoffentlich ebenso bahnbrechend sein werden.

Der Bericht „Earth for all“ fordert eine rasche Kehrtwende der Politik und der Wirtschaft, um die Zukunft der Menschheit zu sichern. Fünf essenzielle Forderungen werden gestellt:

Beendigung der Armut

Reiche Staaten sollen den ärmeren Ländern die Schulden erlassen.

Die Einführung eines Grundeinkommens – weltweit!

Massive Investitionen in ein Gesundheitswesen in öffentlicher Hand.

Steigerung des Bruttosozialproduktes der Entwicklungsländer um jährlich 5 %

Beseitigung der Ungleichheit

Die reichste Milliarde der Weltbevölkerung verbraucht 72 % aller Ressourcen weltweit, die ärmste Milliarde gerade mal 1 %.

Zur Angleichung der Lebensverhältnisse müssen Reiche stärker besteuert werden.

Hierfür fordert der Club of Rome die Einführung der Vermögenssteuer und die Schließung aller Steueroasen. Zusätzlich dürften den reichsten 10 % der Weltbevölkerung maximal 40 % der Ressourcen zur Verfügung stehen.

Stärkung von Frauen

Eine weltweite Gleichstellung der Geschlechter mit gleichen Chancen bei Bildung und Beruf und entsprechende Anpassung der Rentensysteme, in dem die Frauen nicht mehr schlechter gestellt sind.

Gesunde Nahrungsmittel

Die Produktion von Nahrung muss gesunde Lebensmittel bereitstellen, deren Produktion auch den Planeten schützt.

Lokale und ökologische Landwirtschaft statt Massenproduktion.

Das Tierwohl muss eine stärkere Rolle in Tierzucht und Fischerei spielen.

Saubere Energien

Reduzierung der Treibhausgase um 50 % in jedem Jahrzehnt, bis zur Erreichung der Klimaneutralität bis spätestens 2050.

Erneuerbare Energien müssen fossile Brennstoffe ersetzen.

Sollten diese Punkte nicht erreicht werden, sieht der Club of Rome eine instabile Weltgemeinschaft in Aufruhr und Armut, den Zusammenbruch demokratischer Systeme durch soziale Spannungen und Revolten und einen Klimawandel, der den Planeten zerstören kann.

Twitter-Trend #ichbinarmutsbetroffen, die soziale Stimme der digitalen Welt

Arm zu sein, heißt viel zu oft, sich zu schämen. Das Schlimme daran: Arme Menschen werden nicht wahrgenommen, sodass man meinen könnte, es gäbe sie nicht. Zur Scham kommt hinzu, dass sich eine breite Masse der Mittelschicht zuordnet, obwohl ihr Kontostand etwas anderes sagt. Die Scham hat auch einiges mit dem verbreiteten schlechten Ruf zu tun, den Arme haben – sie seien faul, willensschwach. Wir wissen aber: Es sind in der Regel die Umstände wie Krankheit, physisch wie psychisch, die in die Armut treiben. Das muss sich ändern, und eine Solidargemeinschaft, die wir LINKE seit jeher anstreben, kann das!

Deshalb unterstützen wir den Trend auf Twitter #ichbinarmutsbetroffen, der sich hoffentlich als immer stärkere soziale Stimme etablieren wird.

Sind Sie armutsbetroffen und nutzen Twitter? – dann folgen Sie #ichbinarmutsbetroffen und geben sich selbst und anderen Betroffenen eine Stimme des solidarischen Miteinanders.

Entlastungen? Hessische Landesregierung im Tiefschlaf!



Durch die gewaltigen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie bangen viele Menschen mit geringem und durchschnittlichen Einkommen um ihre Existenz. Schon vor den jüngsten Preissteigerungen in Folge des schrecklichen Krieges und der folgenden Wirtschaftssanktionen gab es in Hessen immer mehr Armutsbetroffene und immer mehr Menschen rutschen unter die Armutsgrenze.

Lag Hessen 2015 noch auf Platz 3 aller Bundesländer, so ist es nun nach den Berechnungen des Paritätischen Gesamtverbandes auf Platz 11 zurückgefallen. Jedes vierte Kind und jede zweite Alleinerziehende sind von Armut betroffen, doch die Regierenden finden darauf keine angemessene Antwort.“

Deshalb ist es richtig, dass sich politischer Widerstand formiere und Menschen verstärkt für eine solidarische Krisenbewältigung auf die Straßen gingen. Zahlreiche Konzepte in diesem Sinne liegen seitens der Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände und auch der LINKEN vor.

In Hessen brauchen wir konkrete Maßnahmen wie einen Landesaktionsplan für soziale Teilhabe als Ergebnis des Sozialgipfels. Schwarzgrün muss zudem einen Härtefallfonds aufzulegen, um private Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen finanziell zu unterstützen. Energiesperren und Zwangsräumungen gehören umgehend verboten.

Jan Schalauske,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Hessischen Landtag



BREMEN IST ÜBERALL

Schauspielkunst von Geflüchteten für Menschen mit & ohne Fluchterfahrung – Bremen ist überall

Sie kennen sicher das Märchen der Bremer Stadtmusikanten. Es mutet lustig an, dass sich Esel, Hund, Katze und Hahn zusammenfinden, weil sie eines teilen – sie fliehen vor dem Tod, denn etwas Besseres als den Tod findet man überall. Deswegen fliehen sie gemeinsam nach Bremen. Was uns an diesem Märchen amüsiert, war für Geflüchtete, die nun hier mit uns leben, oft bittere Realität. Können Sie sich vorstellen, Ihre Heimat für immer hinter sich zu lassen? Die acht Darsteller*innen unterschiedlicher Herkunft des Stückes Bremen ist überall können es gezwungenermaßen, weil sie es selbst erlebt haben.

Auf kreative Weise hat man in diesem Stück erlebte Geschehnisse mit dem bekannten Märchen der Bremer Stadtmusikanten verknüpft. So wie Esel, Hund, Katze und Hahn sich unterscheiden, sind auch die Darsteller*innen unterschiedlich. Aber ebenso wie die Stadtmusikanten haben sie eines gemeinsam – sie wollen den Strapazen entkommen und können die der anderen Flüchtenden nachempfinden. So erzählen sie die Geschichte ihrer Flucht und wie sie einander unterstützen in Anlehnung an das Märchen.

Ein besonderer Charme der Natürlichkeit: Das Deutsch ist nicht immer perfekt. Manchmal ist die Sprache beachtlich flüssig, hin und wieder stockt sie – mal weniger, mal mehr. Und das ist OK. Wer sich vor die Kamera traut, um dort eine fremde Sprache sprechen, verdient Respekt. Außerdem gewinnt man einiges an Selbstvertrauen, das man braucht, um in einem fremden Land bestehen zu können. Und alle, die keine Fluchterfahrungen machen mussten, gewinnen einen Eindruck dieser Erfahrungen, der berührt.

Das Video Bremen ist überall ist kostenlos auf YouTube verfügbar und jeden Moment wert, den man es schaut.

Hinweis: Der Film ist eine gemeinsame Produktion des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill und der Projektfabrik gGmbH. Er wurde einige Monate vor dem Ukrainekrieg gedreht, weshalb es keine Darsteller*innen aus der Ukraine gibt.

(Konzert-) Termine in der Region

28.10.2022 Finna - Wiesbaden - Kreativfabrik

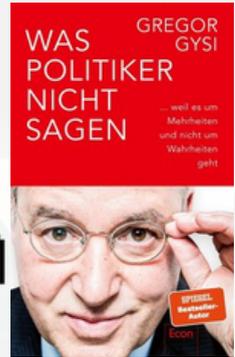
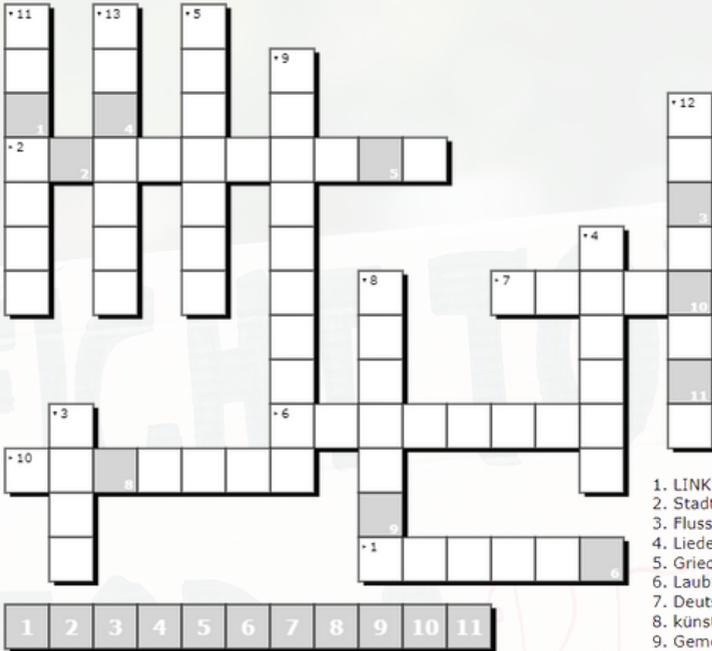
17.11.2022 Kafvka - Wiesbaden - Schlachthof

18.11.2022 Egotronic - Koblenz - Circus Maximus

03.12.2022 Urban Priol - Jahresrückblick 2022 - Kurhaus Wiesbaden



Gewinne das neue Buch von Gregor Gysi "Was Politiker nicht sagen"



1. LINKE-Landtagsabgeordneter (a.D.) aus Wetzlar
2. Stadtteil von Leun
3. Fluss im LDK
4. Liedermacher Konstantin...
5. Griechischer Buchstabe
6. Laubbaum
7. Deutscher Dichter
8. künstlerisch, meisterhaft
9. Gemeinde im nördlichen LDK
10. Schwerpunktthema E. Kula
11. Lateinamerikanischer Tanz
12. Hunderasse
13. Inselstaat im Pazifik

Das Buch wird unter allen Einsendungen verlost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Einsendeschluss 09. Januar 2023

Lösungswort per Mail an: kreisverband@die-linke-ldk.de

Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

**Einmischen!
Mitmachen!**

Interesse? Schreiben Sie uns eine E-Mail an kreisverband@die-linke-ldk.de oder kommen Sie einfach mal vorbei. Unser Büro ist jeden Wochentag besetzt!

Sie finden den Lahn-Dill-Kurier gut und möchten uns unterstützen? Gerne können Sie mit einer kleinen **Spende** dazu beitragen, dass unsere künftigen Auflagenzahl größer wird!

DIE LINKE. KV Lahn-Dill
Sparkasse Wetzlar
IBAN: DE69 5155 0035 0000 046128

DIE LINKE. Lahn-Dill
Friedenstraße 16,
35578 Wetzlar (Nähe Stadthalle)

Öffnungszeiten:
MO - DO: 12 bis 15 Uhr
FR: 13 bis 16 Uhr

Mehr Infos und aktuelle News immer auf unseren Kanälen:



@linke_lahndill



@DIE.LINKE.LDK



www.lahn-dill-kurier.de

Impressum:

DIE LINKE. Lahn-Dill
V.i.S.d.P. Tim Zborschil
Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar